



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♣: Zur Genesis der Zollreform des Reichskanzlers.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Genesis der Zollreform des Reichskanzlers.

Merkwürdig ist es, wie die liberale Opposition im Reichstage in der Regel sich dem Reichskanzler gegenüber verhält. In der Kürze hat bereits der „Politische Brief“ in der vorigen Nummer d. Bl. darauf hingewiesen. Aber es ist zeitgemäß, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, da die Freihändler in der Debatte über den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn dieses eigenthümliche Verfahren in besonders auffallender Weise einschlugen. Die Fragen, welche die Herren Richter und Bamberger sich in ihren Reden vorlegten und zu beantworten versuchten, bewegten sich viel weniger auf dem Gebiete des Sachlichen als auf dem des Persönlichen. Mit anderen Worten, es schien ihnen mehr um eine Charakteristik des Fürsten Bismarck, und zwar um eine ungünstige, zu thun zu sein, als um die Beurtheilung des eigentlichen Gegenstandes der Verhandlung. Hatte der Reichskanzler sich schon früher zu seinem jetzigen Glauben in Betreff der Zollpolitik bekannt oder nicht vielmehr zu dessen Gegentheil? War er konsequent gewesen und aufrichtig? Waren ihm nicht Widersprüche zwischen seinen jetzigen Aeußerungen und Handlungen und denen, die man vor zwei, zehn oder siebzehn Jahren von ihm aufgezeichnet, nachzuweisen? Er war, wie man andeutete oder offen erklärte, sich nicht treu geblieben. Er hatte ungenirt als genialer Dilettant bald nach dieser, bald nach jener Richtung hin Versuche gemacht. Er hatte sich täuschen und verführen lassen. Er hatte sich verstellt. Er hatte früher versprochen, nothwendige Lebensbedürfnisse mit keiner Steuer belegen zu wollen, und dies jetzt nicht gehalten. Er war zu aller Welt Erstaunen über Nacht Schutzzöllner geworden, weil der Reichstag ihm die Einführung des Tabakzollmonopols nicht gestattet. Mit Unrecht warf er, so bemerkte Herr Bamberger, den Liberalen vor, daß sie sich ihm in frivoler Weise entgegenstellten, wobei man annehmen durfte, der Vorwurf der Frivolität treffe die andere Seite.

Diese und ähnliche wenig mit einander harmonirende Behauptungen zu begründen, lag den Herren von der Opposition augenscheinlich mehr am Herzen als

Grenzboten I. 1879. 47

die Frage, ob das vom Reichskanzler jetzt befürwortete System gut oder schlecht, durch die Erfahrung gerechtfertigt oder widerrathen sei. Die folgenden Zeilen sind nicht bestimmt, diese Frage zu beantworten. Wir schlagen hier vielmehr gewissermaßen das Verfahren der genannten Freihändler ein und haben dabei das Vergnügen, ausnahmsweise einmal in einem Punkte mit Herrn Richter beinahe derselben Meinung zu sein. Er vermuthete zuletzt ungefähr: dann habe Fürst Bismarck wohl gar kein System. Das würde richtig sein, wenn man es so ausdrückte: er habe in wirthschaftlichen Dingen geraume Zeit gar keins gehabt. Er hatte, im Begriff, eine große politische Reform durchzuführen, sich der Betrachtung dieser Dinge nicht widmen, sich keine bestimmte Ansicht über sie bilden können. Er ordnete die wirthschaftlichen Fragen seinen politischen Zwecken unter und entschied sie in Folge dessen so, daß der Ausgang die letzteren förderte. Für den Handelsvertrag mit Frankreich z. B., der 1862 abgeschlossen wurde, ist er zwar nicht verantwortlich zu machen, da derselbe vor seinem Amtsantritte zu Stande kam. Er würde sich aber nicht geweigert haben, seinen Namen darunter zu setzen, weil der Kampf mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland damals gewaltsamem Ausgange sich näherte, und weil der Vertrag ein Mittel war, Frankreich, in dieser Zeit die einzige Macht, mit der Preußen auf gutem Fuße stand, bei wohlwollender Gesinnung zu erhalten und ein Eingreifen dieses Nachbarn in den Gang der Dinge zu verhüten. Wenn der Minister von dem Vertrage nicht zurücktrat, so unterblieb es aus denselben Rücksichten. Eine wirthschaftliche Tendenz wurde von ihm dabei nicht verfolgt; denn er hatte eben noch keine. Alles Wirthschaftliche war und blieb in diesen und den nächsten Jahren Herrn Delbrück überlassen, zu dessen Sachkunde, Umsicht und Arbeitskraft der Kanzler unbedingtes Vertrauen hegte, der in der That in seinem Fache die erste Autorität Deutschland's war, und dessen Unterstützung bei den nächsten politischen Aufgaben nach 1866, der Gründung des Norddeutschen Bundes und der Entwicklung des letzteren zum Deutschen Reiche, so wenig zu entbehren war, daß der Kanzler auch dann nicht daran hätte denken können, sich von ihm zu trennen, wenn er in wirthschaftlichen Angelegenheiten wesentlich anderer Meinung gewesen wäre, wenn er z. B. geglaubt hätte, den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn als für Deutschland nachtheilig nicht unterzeichnen zu können. Delbrück handelte deshalb durchaus selbständig, und wenn der Fürst später, zunächst durch Vorstellungen und Klagen aus dem Publikum angeregt, sich mehr und mehr Ansichten bildete, die von denen des Präsidenten des Reichskanzleramtes abwichen, so kam es wohl gelegentlich zu Erörterungen, aber nicht zu amtlichem Einspruche.*)

*) Der Fürst beantwortete am 26. April 1876 eine Anspielung Richter's auf die Motive von Delbrück's Rücktritt folgendermaßen: „Es ist durchaus unrichtig, und auch

Erst als die politischen Fragen nicht mehr im Vordergrunde standen, konnte Fürst Bismarck an die Betrachtung der wirthschaftlichen an sich, d. h. ohne deren Zusammenhang mit jenen denken, und als Delbrück in dieser Zeit (25. April 1876) „aus Gesundheitsrücksichten“ seinen Abschied nahm, war der Kanzler gezwungen, sich durch eingehendes Studium jenes Gebietes vorzubereiten, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Dieses Studium, das sich bei ihm, wie das seine Art ist, nicht so sehr auf die Theorie, als auf die Erfahrung gerichtet haben wird, bestärkte ihn in der Meinung, daß andere Wege als die bisherigen eingeschlagen werden müßten. Aber noch immer wäre er, wie das ebenfalls seine Art ist, zu einem Kompromiß geneigt gewesen; denn er versuchte, sich mit seinem früheren Mitarbeiter über eine neue Form der Mitwirkung in's Einvernehmen zu setzen, und erst als dies mißlang, entschloß er sich, allein vorzugehen.

Ein Hauptanlaß zu dem neuen Wege, den er einschlug, kam von außen. Die ganze Richtung der Zeit war in wirthschaftlichen Angelegenheiten allmählich eine andere geworden. Die Nachbarstaaten schickten sich an oder waren schon mitten darin, ihre Zölle zu erhöhen: Oesterreich; Rußland, das durch die Verfügung, nach welcher die Eingangszabgaben fortan in Gold gezahlt werden sollten, mit einem Schlage seine Zwecke erreichte; Frankreich, das in Folge der Thiers'schen Zollpolitik trotz der Bezahlung der Milliarden nach wie vor wirthschaftlich gedieh; Amerika, das jetzt für seine Industrie die Weltmärkte erobert. Nur zwei gingen mehr und mehr zurück, das reiche vollkräftige England mit seiner alten und durch Verhältnisse der verschiedensten Art begünstigten Gewerbsthätigkeit und das vergleichsweise arme, in seiner industriellen Konstitution schwächliche und noch in den Anfängen begriffene Deutschland, und zwar dieses am meisten. Angesichts jener Erfolge und dieser Mißerfolge, angesichts der Nothlage in Deutschland war nicht mehr zu zweifeln und nicht mehr zu zögern. Mit dem 15. Dezember vorigen Jahres begann die neue Aera, von der nur zu wünschen, daß sie rascher als bisher über die Vorbe-

nicht der Schatten von Wirklichkeit liegt dafür vor, wenn man diese beklagenswerthe Aenderung in unserem Personalbestande mit irgend einer politischen oder sachlichen Frage in Verbindung bringt. Zwischen Delbrück und Sr. Majestät dem Könige, und zwischen ihm und mir ist auch nicht ein Schatten von einer Meinungsverschiedenheit über irgend eine der schwebenden Fragen zu Tage getreten. Minister Delbrück hatte in allen Fällen den Muth seiner Meinung und verschwieg sie nicht. Wir sind oft verschiedener Ansicht gewesen, und da es sich meist um Dinge handelte, die er besser verstand als ich, so bin ich sehr oft in der Lage gewesen, seiner besseren Einsicht nachzugeben. Ich habe mit ihm fünfundzwanzig Jahre lang gemeinschaftlich gearbeitet und zehn Jahre in kollegialischem Verhältnisse; er wußte, daß jede, auch die bedeutendste Frage von mir eher vertagt werden würde, als daß ich sie zum Anlaß seines Rücktritts hätte werden lassen.

reitungsstadien hinwegkommen, und daß keine Verschleppung stattfinden, d. h. daß der für die betreffende Kommission arbeitende Apparat sich die Förderung des nöthigen Materials mehr angelegen sein lassen möge als bisher.

Am Reichskanzler liegt die Verzögerung nicht. An Energie bei der Durchführung des von ihm als richtig Erkannten wird er es auch nicht fehlen lassen. Einer Auflösung des Reichstages für den Fall, daß in ihm keine Majorität für das Wesentliche im Plane des Kanzlers zu erlangen wäre, wird unseres Erachtens von den Gegnern desselben nicht ohne Grund entgegengesehen, und wenn die, welchen geholfen werden soll, dann bei den Wahlen ihr Interesse nicht verkennen und einig sind, wenn die Industriellen ihre Sache nicht von derjenigen der Bauern trennen, wie es jetzt hin und wieder den Anschein hat, so ist die Niederlage der Freihändler — wir denken dabei immer an die, welche aus Manchester gebürtig sind — und der Sieg der nationalen Reform oder, wenn man will, der Rückkehr zu den Grundsätzen der früheren wohlbewährten Zollpolitik gewiß.

Wir knüpfen daran noch ein paar Worte über eine Wendung in der Rede des Herrn Bamberger. Gegen das Ende derselben erklang ein gewisser Ton, den wir als einen empfindsamen bezeichnen möchten. Mit einer Art Behmuth schien der Redner anzudeuten, daß die Nationalliberalen vom Kanzler Rücksicht, wohl auch Dank zu erwarten berechtigt gewesen wären. Als ob man aus Gründen des Gefühls mit ihm gegangen wäre! Sie haben zu ihm gehalten, weil sie national dachten und strebten wie er, und sie haben sich 1877 von ihm abgewandt, weil er nicht so liberal sein wollte, nicht so liberal sein konnte wie sie. Sie hätten damals viel und mit der Zeit mehr erreichen können mit dem Kanzler, wenn ihre Führer wirkliche Politiker gewesen wären. Aber der Bestand der Partei galt ihnen mehr als die Aussicht auf thatsächlichen Erfolg. Als v. Bennigsen aus Barzin wiederkam, hieß es in diesen Kreisen, mit diesem Minister könne er nicht dienen, aber nach ihm. Es war zu wünschen, daß die vierzehn oder fünfzehn Mitglieder der Partei, die von Rechtswegen zu den Fortschrittsleuten gehörten, ausschieden, aber sie blieben. Die nationalliberalen Zeitungen, die Kölnische und die National-Zeitung mit dem Hannoverischen Courier, der wohl nicht mit Unrecht für das Organ v. Bennigsen's gehalten wird, voran und eine Anzahl anderer Blätter hinterher bliesen in ihr Sturmhorn, dessen Töne sich kaum von denen unterschieden, welche die Posaunen des Fortschritts von sich geben. In allen Fragen wurde Opposition gemacht, offenbar um zu zeigen, daß der Kanzler der Unterstützung der Partei bedürfe, unter allen Umständen bedürfe. Man trat gegen das Tabaksmopol und gegen die Tabaksteuer, wie sie die Regierung beabsichtigte, auf, man sträubte sich gegen das Sozialistengesetz, und man war damit in Wahrheit und in

gresser Weise undankbar — undankbar gegen den greisen, von Mörderhand getroffenen Kaiser, der entschieden 1866 und 1870, aber auch schon 1864, wo eine Koalition der Mächte gegen ihn nichts weniger als undenkbar gewesen, für Preußen und dadurch für Deutschland seine Krone gewagt hatte. Wir fragen, wo hier die Rücksichtslosigkeit und die Undankbarkeit ist: auf Seiten dessen, dem man sie zuschreiben möchte, oder auf Seiten der Partei, die durch den Mund eines ihrer Hauptsprecher den Kanzler anklagen läßt? ♣

Rußland und die Russen.

Von H. v. Clausewitz.

III.

Mit der Zeit bildete sich aus dem Stande der Tschinowniks (Beamten) in ihrer Gesamtheit ein Gegengewicht aus gegen die absolutistische Gewalt des Herrschers, das eines gewissen wohlthätigen Einflusses nicht entbehrte, und, traurig aber wahr: dieser wohlthätige Einfluß wurde gesteigert durch den furchtbaren Krebschaden, der heute noch, obwohl in geringerem Maße, nicht bloß das Staatsleben, nein geradezu das Volk Rußland's vergiftet. Dies ist die Bestechlichkeit der Beamten. Hunderte von Anekdoten sind in Jedermanns Munde über dieses Uebel, das so alt, eingewurzelt und verbreitet ist, daß es dem Russen der alten Zeit gar nicht mehr als ein Uebel, sondern als der natürliche Zustand der Dinge erscheint, dagegen ein ehrenhafter unbestechlicher Beamtenstand ihm für eine unbequeme, lächerliche Neuerung gilt, die bald wieder verschwinden wird, wie andere dumme Moden. Alle Erzählungen, so übertrieben sie auch dem Ausländer klingen mögen, können die tiefen moralischen und physischen Schäden nicht schildern, welche dem allgemeinen Besten aus diesem fluchwürdigen Nationallaster erwachsen sind.

Den größten Theil der Schuld, daß es so gekommen ist — das muß von vornherein gesagt werden — tragen die Herrscher Rußland's selbst. Da sie Niemandem verantwortlich sind, als der Geschichte, so hat diese denn auch über sie zu Gericht geseffen und diese schwere Schuld lediglich an ihre Namen gehftet. Mit rücksichtsloser Willkür verfügte der Herrscher über die Finanzen, wie über alle anderen Zweige der Staatsverwaltung, und selbst bei dem besten Willen mußte Mangel und Geldnoth eintreten, da jede geordnete Kontrolle des